

schlagenen Weise. Ich grüße Sie mit Ihren Worten, daß wir Ärzte weiter unserer Verpflichtung bewußt sind, menschliches Leben zu schützen und zu erhalten.

Ev. Bethesda-Krankenhaus
Frauenklinik
(Chefarzt) Dr. Pomp
Bocholder Straße 11–13
4300 Essen-Borbeck

Wirkliche Sachverhalte

Sie (die Pro familia/Bremen; die Red.) erwähnen fachärztliche Unterbesetzung des Ruhrgebietes, weil nur wenige Ärzte dort arbeiten wollen, ferner die Lebenswelt der Kollegen, aus denen diese ihre Wagen vorzugsweise in eine zentral gelegene Praxis lenken. In Bochum 7, einem kaum attraktiven Platz, sind 30 Kollegen, davon 18 Fachärzte, niedergelassen. Manche Fächer sind doppelt und sogar mehrfach besetzt. Sie lenken ihre Wagen keineswegs in eine zentral gelegene Praxis. Auch darf durchaus unterstellt werden, daß sie sehr wohl hier arbeiten wollen. Die o. a. Zahlen sind dem Branchen-Fernsprechbuch entnommen. Ihre Ausführungen erscheinen demnach kaum akzeptabel, zumal schon ein kurzer Blick in das Telefonbuch auch anderorts die wahren Verhältnisse aufdeckt. Unterzeichner ist unter anderem Herr Amendt, ausgewiesen als Professor, laut Brockhaus einer, der „öffentlich bekennt“. Von ihm zumindest sollte zu erwarten sein, daß wirkliche Sachverhalte nicht vernachlässigt werden.

Dr. Wilhelm Klecker
Augenarzt
Ovelackerstraße 7
4630 Bochum-Langendreer

Beispiele für soziale Notlagen

Hiermit verwahren wir uns entschieden gegen die unkollegiale Diskriminierung und Kriminalisierung von immerhin rund 200 Ärztinnen und Ärzten, die bei Pro familia arbeiten.

Ihre Gleichstellung dieser Kollegen mit den Ärzten der NS-Zeit (in dem von uns veröffentlichten Vorgang nicht geschehen! die Red.) ist nicht nur eine Ungeheuerlichkeit, sondern kann als Machtmißbrauch Ihrer Funktionsstellung gedeutet werden.

Gleichzeitig stellen wir uns aber auch ebenso entschieden gegen die Äußerungen von Herrn Amendt, der in ideologischer Polemik den Ärzten generell die Befähigung zur Indikationsstellung abspricht. Wir sehen gerade bei den niedergelassenen Kollegen zunehmend Verständnis für die psycho-sozialen Probleme ihrer schwangeren Patientinnen.

Wie paßt es in unsere sozial heile Welt, daß jährlich 30 000 Kinder von ihren Eltern mißhandelt werden, daß die Säuglingssterblichkeit bei unehelichen Kindern deutlich erhöht ist gegenüber der aus intakten Familien, daß in wachsender Zahl Kinder Selbstmord verüben? Wieviel Prozent Ihres Einkommens entfällt auf die Miete? Und wie viele Kinder müssen sich bei Ihnen ein 13 m² großes Zimmer teilen?

Und erlauben Sie uns bitte noch ein paar persönliche Fragen, die Sie uns nicht zu beantworten brauchen. Wie würden Sie entscheiden, wenn folgende Situationen eintreffen?

a) Ihr zur Probe angestellter Lehrling wird während der ärztlicherseits routinemäßig verordneten Pillenpause schwanger.

b) Ihre 40jährige Ehefrau, die neben ihren beiden pubertierenden Kindern eine krebskranke Schwiegermutter pflegt und nervlich am Ende ist, wird schwanger.

c) Ihre Tochter erwartet kurz vor dem Abitur ein Kind vom gleichaltrigen Schulfreund.

d) Ihre Schwester mit zwei Kleinkindern setzt mit dem Austragen einer außerehelichen Schwangerschaft ihre Ehe aufs Spiel.

Beispiele für nicht finanziell begründete soziale Notlagen ließen sich beliebig fortsetzen.

Dres. med. Beate Brus,
Annegret Hofmann,
Karin Kehl,
Gisela Keunecke und
Meike Wellenkamp
Ärztinnen bei der
Pro-familia-Beratungsstelle Bonn
Prinz-Albert-Straße 39
5300 Bonn 1

Falscher Akzent

Seit Gründung des... Landesverbandes Baden-Württemberg (an den dieser offene Brief gerichtet ist) bin ich Mitglied der Pro familia, und ich glaube, daß in den vergangenen Jahren bundesweit viel segensreiche Arbeit von der Organisation geleistet worden ist. Durch die Aktivitäten des Bremer Landesverbandes kommt nun ein Akzent in die Arbeit, der nach meinem Verständnis mit der ursprünglichen Aufgabe der „Sexualberatung und Familienplanung“ nicht mehr vereinbar ist. So wenig es Aufgabe der Pro familia wäre, Geburtshilfe zu leisten, so wenig kann es ihre Aufgabe sein, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen. Wenn dann noch die „soziale Notlage“ so unglaublich weit gefaßt wird, wie es in dem Offenen Brief von Herrn Amendt und Mitarbeitern geschieht, kann von einem Respekt vor dem ungeborenen Leben keine Rede mehr sein, und ich glaube, daß hier von der Pro familia ein verhängnisvoller Irrweg eingeschlagen wird. Meine Hoffnung, daß die anderen Landesverbände dagegen Stellung nehmen würden, sehe ich durch die Bemerkung in dem Brief enttäuscht, daß die Bundesarbeitstagung fast einstimmig das Bremer Konzept angenommen habe. So hätte es gar nicht der pauschalen und mit klassenkämpferischen Argumenten geführten Diffamierung der ärztlichen Arbeit in dem Offenen Brief bedurft, um es mir unmöglich zu machen, weiterhin Mitglied der „Pro familia“ zu bleiben. Ich sehe mich deshalb zu meinem Bedauern gezwungen, meinen Aus-

„Pro familia“ und der § 218

tritt aus der „Deutschen Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e. V.“ zu erklären, was ich hiermit tue.

Dr. med. Klaus Franke
Facharzt für innere Krankheiten
7267 Bad Teinach

Dringende Warnung

... Daß menschliches Leben mit der Zeugung beginnt, schafft auch keine bissige, sozialistische Ideologie ab. „Menschenverachtung, Faschismus, Stalinismus, totalitäre Überwachung“ – wer derartige Dinge in einer Veröffentlichung gegen Herrn Vilmar, die deutsche Ärzteschaft und gegen Schutzbemühungen für menschliches Leben anführt, scheidet als ernstzunehmender Gesprächspartner aus. Nur gut, daß in der Bundesrepublik legal gegen diese Meinungen gestritten werden kann. Als Zuwanderer aus der DDR, der gerade sein erstes Jahr in der Bundesrepublik gelebt hat, möchte man vor Leuten wie in Pro familia/Bremen dringend warnen. In welchem Licht sehen die Unterzeichner des Briefes wohl den Ausbau der Autobahnen in unserem Land? Wurden die ersten AB nicht auch im Dritten Reich gebaut? „Mit der Ihnen gebührenden Hochachtung“ – diese Formulierung als Abschluß des Briefes von K. Vilmar spricht mir aus dem Herzen.

Dr. med. O. Rothenbächer
Pommernstraße 2
6252 Diez

Deutlicher Fortschritt

Die Unterzeichnenden, Beschäftigte der Kinderklinik des Rittberg-Krankenhauses, drücken hiermit ihre Empörung über Äußerungen des Präsidenten der Bundesärztekammer, Prof. Vilmar, in bezug auf die Tätigkeit der Organisation Pro familia aus. Dr. Vilmar warf in einem Interview mit Radio Bremen der örtlichen Pro familia vor, daß auf Grund ihrer Beratungspraxis die Schwangerschaftsabbrüche nach Notlagen-

indikation zugenommen haben und diese Indikationsstellung in den meisten Fällen nicht gerechtfertigt sei. Dies ist der bislang weitreichendste Versuch, die auf dem Gebiet der Familienfürsorge engagierte arbeitende Pro familia in die Nähe der Illegalität zu rücken.

Wir in der Kindermedizin Arbeitende stellen hierzu fest: ▷

Frage im Jahr des Kindes

Zu wem dringt endlich die Klage der Ungeborenen, wenn sie das gnadenlose Stahlrohr trifft?

Übertönt die Vakuumpumpe wirklich die Schreie der Wachsenden, wenn sie aus ihrer Geborgenheit hervorgezerrt, zerquetscht und in die Kloake geschüttet werden?

Spürt tatsächlich niemand den Hauch der Bitten, wenn das Urteil über die werdenden gefällt wird, und fürchtet (wirklich) niemand ihren Fluch?

(es waren etwa 40 000 im ersten Halbjahr)

Dr. med. W. Prinz
Facharzt f. Frauenkrankheiten u. Geburtshilfe
Königsteiner Straße 48
6232 Bad Soden

1. Im Gegensatz zur früheren Fassung des § 218 StGB sehen wir in der Hinzunahme der Notlagenindikation einen deutlichen Fortschritt. Unseres Erachtens gilt aber generell, daß die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch juristisch nicht lösbar ist, sondern der persönlichen Verantwortung einer Schwangeren nach Inanspruchnahme aller sozialen Hilfen überlassen werden soll.

2. Täglich erfahren wir von sozial schwerst geschädigten und notleidenden Kindern. Wir können deshalb die Häufigkeit sozialer Notlagen insbesondere alleinstehender Mütter nur bestätigen und leiten daraus ab, daß bisher offensichtlich viel zu wenig soziale Notlagenindikationen bei Antragstellungen auf Schwangerschaftsabbruch erkannt wurden. Wenn jetzt praxisferne und parteipolitisch eingefärbte Ärztenfunktionäre die soziale Notlage vieler Schwangerer leugnen, so widerspricht das kraß unseren täglichen, in der Praxis gewonnenen Erfahrungen.

3. Da nach bisherigen Erfahrungen in der Bundesrepublik oder West-Berlin abgelehnte Schwangerschaftsunterbrechungen im Ausland oder illegal mit teilweise bedenklichen Praktiken erfolgen, gehen wir von einer heute noch zu eng gefaßten Notlagenindikation aus. Wenn eine Organisation wie „Pro familia“ alle legalen Mittel ausnutzt, um in soziale Not geratenen Schwangeren zum Schwangerschaftsabbruch zu verhelfen, so können wir das nur energisch unterstützen.

Als Kindermediziner erkennen wir, daß ein rechtzeitiger Schwangerschaftsabbruch sozial notleidender Frauen gerade die Vernichtung von werdendem Leben verhindert, indem momentane soziale Not der Mütter ihre Kinder nicht zu lebenslanger Benachteiligung zwingt.

Unterschrieben von acht Ärzten und 34 Kinderkrankenschwestern der Rittberg-Kinderklinik
Carstenstraße 58
1000 Berlin 45 ▷